

Presseinformation

Nr.: 09/2019

Datum: 22.03.2019

Integration muss dauerhaft finanziert werden – Bundeshaushalt nicht auf dem Rücken der Kommunen sanieren

"Bundesfinanzminister Olaf Scholz darf die Zuwendungen für Flüchtlinge nicht reduzieren!" stellt der Präsident des Hessischen Städtetages, Frankfurts Bürgermeister Uwe Becker fest. Der Scholz-Vorschlag, zu Zuweisungen an die Kommunen von 4,7 Mrd. Euro auf 1,3 Mrd. Euro jährlich zu reduzieren, treffe vor allem Hessens Kommunen. "Auf ihnen lasten im bundesweiten Vergleich besonders hohe Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge." Man müsse sich wundern, dass die Bundesregierung lange Diskussionen in einer Kommission für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse führe und dann mit einem Handstreich ein Bundesland wie Hessen ungleichgewichtig belaste, so Becker.

"Die Integration von Flüchtlingen ist eine Daueraufgabe, die dauerhaft vom Bund finanziert werden muss. Es dauert in vielen Fällen eine lange Zeit, bis Flüchtlinge wirklich angekommen sind, deutsch sprechen und unsere Werte und Normen akzeptieren", betont Becker. Auch wenn die Zahl der monatlichen Neuzugänge deutlich geringer ist, ist die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland jedoch weiterhin hoch. Daher fallen in den Städten und Gemeinden weiterhin hohe Aufwendungen an.

"Es ist nicht klug, die in den Jahren 2016/2017 gefundene Einigung jetzt in Frage zu stellen", so Becker. Damals hatten sich Bund, Länder und Kommunen auf die Modalitäten der Finanzierung geeinigt.

Abschließend stellt Präsident Becker fest: "Jetzt unabgestimmte Kürzungsvorschläge zu präsentieren, bringt Unsicherheit, gefährdet den sozialen Frieden und wird der Bedeutung der Integrationspolitik nicht gerecht."